

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Rechnungsprüfungsausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 27.11.2018
Sitzung Nummer:	14 (RPA/14/2018)
Sitzungsdauer:	16:30 - 18:32 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Jürgen Emanuel

Birgit Drong
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Jürgen Emanuel

Mitglieder

Herr Jörg Hellmuth

Frau Annemarie Theil

ab 16:38 Uhr

Herr Frank Wiese

bis 18:20 Uhr

Stellvertreter

Herr Wolfgang Kühnel

in Vertretung für Herrn Radke

Protokollführer

Frau Birgit Drong

von der Verwaltung

Herr Carsten Wulfänger

ab 17:02 Uhr

Herr Sebastian Stoll

ab 16:58 Uhr

Frau Susanne Hoppe

ab 16:50 Uhr

Herr Ralf Mosow

Abwesend:

Mitglieder

Herr Detlef Radke

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 06.11.2018
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Diskussion zum Jahresabschluss 2017

- 7 Beschluss des Kreistages über den Jahresabschluss 2017 des Landkreises Stendal sowie die Entlastung für den Landrat
Vorlage: 575/2018
- 8 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende **Herr Emanuel** eröffnet um 16:30 Uhr die 14. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses und der Beschlussfähigkeit

Durch Herrn Emanuel werden die frist- und ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit festgestellt. Es fehlt Herr Radke. Stellvertretend nimmt Herr Kühnel an der Sitzung teil.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es wurden keine Änderungsanträge gestellt. Die Ausschussmitglieder bestätigen die Tagesordnung.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 06.11.2018

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 13. Sitzung des Ausschusses am 06.11.2018 wird bestätigt.

zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

zu TOP 6 Diskussion zum Jahresabschluss 2017

Herr Emanuel bittet den Amtsleiter, zu Beginn unter diesem TOP die offenen Fragen und den Prüfungsfortschritt seit der Ausschusssitzung Anfang November zu erläutern, bevor der Landrat, Herr Stoll und Frau Hoppe als Gäste zur Sitzung hinzustoßen. **Herr Mosow** führt dazu aus, dass zwischenzeitlich bis auf die des Ordnungsamtes alle Stellungnahmen der Fachämter eingegangen sind und diese weit überwiegend einen konstruktiven Umgang mit den durch die Prüfer aufgezeigten Klärungs- bzw. Handlungsbedarfe belegen. Die wesentlichen Themen des Ordnungsamtes, die ÖPNV-Ausschreibung und die Rettungsdienstabrechnungen, können aber heute in der Diskussion mit der Verwaltungsführung aufgegriffen werden. Der Jahresabschluss ist zwischenzeitlich vom Landrat unterschrieben und liegt zur Einsichtnahme für die Kreistagsmitglieder in der Kämmererei aus. Der Prüfbericht des RPA und die Stellungnahme des Landrates dazu sollen nach dem heutigen Ausschuss morgen in die Post gehen. Bezugnehmend auf die Anfragen anlässlich der letzten Sitzung erläutert der Amtsleiter, dass der

Rückstellung für abzugeltende Urlaubsansprüche i.H.v. 92 T€ 539 Krankentage für 36 Beschäftigte zugrunde liegen. Anhand von Folien erläutert er weiter, dass der gewachsene Zuschussbedarf des Jugendamtes insbesondere Kostensteigerungen für Unterhaltsvorschuss- und KiföG-leistungen sowie für die Heimunterbringung i.H.v. je ca. 300 T€ geschuldet ist. Anhand einer Folie stellt er da, dass die Heimkosten in den fünf ausgewählten Beispieleinrichtungen von 2016 zu 2017 insbesondere wegen notwendiger tariflicher Anpassungen zwischen 5 und 22 % gestiegen sind. Bezüglich zwischenzeitlicher Stellungnahme der Verwaltung sagt er einleitend, dass die Personalkostendiskussion auf große Resonanz gestoßen ist und dabei die Kostentreiber mit den tariflichen Entwicklungen eher bekannt sind, es aber schwieriger ist und auch bleiben wird, dass Personalkostenniveau fundiert zu bewerten. Trotzdem wollen sich die Prüfer, möglichst auch anhand von Vergleichsdaten anderer Landkreise und gemeinsam mit der Verwaltung, dem Thema anhand ausgewählter Verantwortungsbereiche stellen. Erste Gespräche dazu hat er z.B. mit der Jugendamtsleiterin geführt. Bezüglich alternativer Brückenbauweisen (Wellstahl) hat der Straßenbauamtsleiter zugesagt, diese in künftige Ausschreibungsverfahren einzubeziehen. Anfang 2019 soll sich eine Ausschusssitzung zur kreislichen Brückenbaukonzeption gemeinsam mit Herrn Müller u.a. auch damit beschäftigen. Die von den Prüfern aufgezeigten Überzahlungen im Schülerspezialverkehr sind mit aktuellem Stand i.H.v. 22.369,69 € von den betroffenen Fuhrunternehmen zahlungswirksam erstattet worden, ein Unternehmer streitet noch mit dem Landkreis. Bzgl. der Pachtvertragsänderungen für die Wischelandhalle hat Herr Mosow zwischenzeitlich mit den Bürgermeistern der Stadt und der Verbandsgemeinde Seehausen sowie den Verantwortlichen der Kreisverwaltung Gespräche geführt und Angebote für die Vertragsgestaltung unterbreitet. Der Vertragsentwurf wird gerade erstellt. Ziel ist die verursachergerechte Aufteilung der Bewirtschaftungskosten. Keine Fortschritte/Aufklärung gibt es bisher zu den beim letzten Mal erläuterten Kassendifferenzen in der Fischereibehörde, zu den Gebühren- und Steuerfragen im Bauordnungsamt bzw. bzgl. der Aktualisierung der Vergaberegulungen des Landkreises.

Wegen der zwischenzeitlichen Anwesenheit von Herrn Stoll und Frau Hoppe fragt **Herr Wiese** nach dem Aufklärungsstand der von den Prüfern festgestellten Differenzen im Rettungsdienst zwischen dem Kosten- und Leistungsnachweis (KLN) und dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich im Buchwerk. **Herr Stoll** antwortet darauf, dass mögliche Ursachen dafür zwischenzeitlich mit der Kämmererei und Rechnungsprüfungsamt beraten wurden, der Aufklärungsprozess aber noch nicht abgeschlossen sei. Das soll in den nächsten 14 Tagen fortgesetzt und letztlich festgestellt werden, wie Sonderposten und Gebührenaussgleich zusammenpassen. Der KLN 2017 ist zwischenzeitlich mit einer Überdeckung von 280 T€ endverhandelt. Auf die Frage von Herrn Wiese erläutert der Dezernent die Abrechnungsverfahren für den Rettungsdienst und den Brandschutz und stellt abschließend fest, dass sich die Differenzaufklärung positiv auf den Haushalt auswirken kann, wenn Geld übrig bleibt.

Herr Emanuel sagt, dass wir mit der Prüfung der Jahresabschlüsse beim Landkreis gut vorangekommen sind und leitet dann zu den fünf Prüfungsfeststellungen über, zu denen der zwischenzeitlich eingetroffene Landrat dann Stellung nehmen möge. Bevor er ihm das Wort erteilt bittet er aber **Frau Hoppe**, ihre Ausführungen zu den wesentlichen Ergebnissen des Jahresabschlusses 2017 zu machen. Die Kämmerin zeigt und erläutert dazu einige Folien, die der Niederschrift als Anlage beigelegt sind und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zum Zahlenwerk. Anschließend nimmt **Herr Wulfänger** Stellung zu den fünf Hinweisen und sagt beginnend zu den Eröffnungsbilanzkorrekturen (H₁), dass der Landkreis die mit dem Jahresabschluss 2018 letztmalig möglichen Eröffnungsbilanzkorrekturen bzgl. von Bauklassen bei Kreisstraßen und auch bei Gebäudebewertungen beabsichtigt. Beides wirkt erhöhend auf das Anlagevermögen. Auf Anfrage erklärt **Frau Hoppe**, dass es dabei in beiden Bereichen um bedeutende Wertzuwächse von bis zu insgesamt 5 bis 6 Mio. € geht. **Herr Wulfänger** erklärt dazu Zusammenhänge zwischen den Finanzzuweisungen des Landes und der Größenordnung von Abschreibungen und erläutert abschließend weitere Korrekturabsichten bzgl. der Bilanzierung pauschaler Investitionszuweisungen.

Zum Personalkostenniveau (H₂) erläutert der Landrat an Beispielen Stellenbesetzungsverfahren und Gründe für Stellenzuwächse, u.a. anhand der Mehrbedarfe für den Bau der A 14. Er befürwortet auch Vergleiche mit anderen Landkreisen, räumt aber ein, dass die Informationsbeschaffung dafür schwierig werden könnte und man dabei sehr unterschiedliche Bedingungen vorfinden wird. Er ist aber in jedem Fall gern bereit, Personalkosteneinsparungen abzuwägen, wenn er dafür belastbare Argumente hat. In der anschließenden Diskussion werden Personal-, Finanzierungs- und Stellenbesetzungsthemen des Jobcenters aufgegriffen. Zur Stellenanzahl beim Landkreis ist **Frau Theil** der Meinung, dass das kreisliche Altersteilzeitmodell mit 57 vor einigen Jahren nicht die erhofften Personalkostenersparnisse gebracht hat. **Herr Emanuel** fasst zu diesem Punkt zusammen, dass die Höhe der Personalkosten und die Personalkostensteigerungen der letzten Jahre mit dem Jahresabschluss 2017 auffällig waren und folgerichtig gefragt wurde, was sich dahinter verbirgt. Dazu hat es aus der Verwaltung und vom Prüfer einer Reihe guter Informationen gegeben. **Herr Wulfänger** mahnt aber auch abschließend unter

diesem Punkt an, dass es dem Landkreis nicht darum gehen kann, um jeden Preis Personalkosten zu sparen. Wir werden künftig vielmehr insbesondere in solchen Konjunkturzeiten für die Wirtschaft mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um gute Leute beim Landkreis zu halten bzw. sie zu bekommen und darüber hinaus auch die Attraktivität der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zunehmen muss. Das belegen auch die anschließenden Diskussionsbeiträge der Ausschussmitglieder.

Frau Hoppe äußert sich auf Bitte des Landrates anschließend zu den beabsichtigten Verbesserungen des Inventurverfahrens (H₃) und geht dabei insbesondere auf die bisherigen Überlegungen zu besonders schützenswerten Vermögensgegenständen mit Werten unterhalb von 1.000,00 € und künftige Inventurabläufe ein.

Zum Stand des Ausschreibungsverfahrens im ÖPNV (H₅) erläutert **Herr Stoll** auf Bitte des Landrates, dass das Verfahren durch Beschluss der Vergabekammer in den Stand vor der Auftragserteilung zurückzusetzen war und die Verwaltung nunmehr eine neue Ausschreibung vorzubereiten hat. Der künftige Auftragnehmer muss dann spätestens ab Mitte 2020 fahren. Sein aktuelles Problem besteht darin, dass sich bisher kein Planungsbüro bereit erklärt hat, die Ausschreibung für den Landkreis vorzubereiten und durchzuführen, obwohl er schon bei fünf Büros angefragt hat. In der anschließenden Diskussion wird u.a. festgestellt, dass das mit dem Wechsel vom s.g. „Wittenberger Modell“, den vollen Auftragsbüchern der Planer, aber auch unserem Zeithorizont zusammenhängen kann. **Herr Wulfänger** gibt zu bedenken, dass künftige Aufträge im ÖPNV wegen tariflicher Anpassungen auch in diesem Bereich teurer werden, insbesondere auch, um Busfahrer im Landkreis zu halten.

Nach Abschluss der Diskussion verabschiedet **Herr Emanuel** den Landrat, den Dezernenten und die Kämmerin gegen 18:30 Uhr.

**zu TOP 7 Beschluss des Kreistages über den Jahresabschluss 2017 des Landkreises Stendal sowie die Entlastung für den Landrat
Vorlage: 575/2018**

Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Kreistag einstimmig, den Jahresabschluss zum 31.12.2017 zu beschließen und dem Landrat uneingeschränkt zu entlasten.

zu TOP 8 Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen und Hinweise.